

DIE BUNDESWEITE MELDE- UND INFORMATIONSTELLE ANTIZIGANISMUS (MIA) STARTET HEUTE IN BERLIN.

Die Auftaktveranstaltung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) findet statt

am

05. Juli, 15 Uhr

im

Bildungsforum gegen Antiziganismus, Prinzenstraße 84.1, 10969 Berlin

Zu den Aufgaben und Zielen von MIA werden unter anderem sprechen der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose.

„Eine systematische Erfassung antiziganistischer Vorfälle fehlt bislang und das Dunkelfeld ist hier besonders groß. Mit der neuen bundesweiten Meldestelle ist eine Struktur geschaffen, die uns wichtige Erkenntnisse über die Ausprägung von Antiziganismus liefern. Damit können Bedarfe an rechtliche Begleitung, Beratung und Unterstützung aufgezeigt werden. Aber auch die Präventionsarbeit kann gezielter ansetzen etwa bei Diskriminierung durch Verwaltung und Behörden.“ Dr. Mehmet Daimagüler

„Im Kampf gegen diesen immer wiederkehrenden Antiziganismus, gegen Rechtsextremismus und gegen nationalistische Spaltungstendenzen, sind es gerade solche Strukturen, wie die Meldestelle und Informationsstelle Antiziganismus (MIA), die einen wichtigen Beitrag dazu leisten, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat zu verteidigen.“ Romani Rose

2020 nahm der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus die Forderung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma nach der Einrichtung einer solchen Struktur in seinen Maßnahmenkatalog auf. Unter Bundesminister Horst Seehofer wurde die Entscheidung zur Einrichtung von MIA getroffen und seit 2021 vom Innenministerium als unabhängiges zivilgesellschaftliches Projekt gefördert. Damit folgte die Bundesregierung einer der zentralen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, deren Abschlußbericht im Juli 2020 vorgestellt wurde. MIA wird antiziganistische Vorfälle bundesweit einheitlich erfassen, dokumentieren und auswerten.

Für von Antiziganismus Betroffene und ebenso für die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft ist MIA von grundlegender Bedeutung. Studien des Bundes wie von wissenschaftlichen Einrichtungen zeigen, dass die Ablehnung von Sinti und Roma in der Bevölkerung tief verwurzelt ist. Über 50 Prozent der Bevölkerung lehnt etwa Sinti und Roma in der Nachbarschaft ab.

Antiziganismus drückt sich durch Hasskriminalität, Beleidigungen, Diskriminierung durch Individuen oder Institutionen aus. Alle diese Formen von Antiziganismus werden von MIA erfasst. Einen besonderen Schwerpunkt wird die Erfassung von antiziganistischen Vorfällen in den Sozialen Medien und in Internet darstellen. Ein erster von MIA erstellter Bericht zur Diskriminierung von Roma-Flüchtlingen aus der Ukraine zeigt, dass gerade in den Behörden, aber ebenso auch bei vielen Hilfsorganisationen Antiziganismus weit verbreitet ist.

MIA will auf bestehende Defizite im Regelsystem aufmerksam machen und das Dunkelfeld antiziganistischer Vorfälle in Deutschland erfassen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Gleichstellung und Diskriminierungsschutz. Ziele sind die Aufklärung über Erscheinungsformen und Ausmaß von Antiziganismus in der Gesellschaft, der Aufbau eines adäquaten Beratungsangebotes für Betroffene sowie die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Politik. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse müssen dann weitergehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus umgesetzt und ausgebaut werden.

MIA | Melde- und Informationsstelle Antiziganismus
Prinzenstraße 84.1, 10969 Berlin

E-mail: presse@mia-bund.de
Telefon: 0306900422920



ZENTRAL [Deutscher
RAT [Sinti & Roma

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages